



Foto: C. v. Polentz/transit

**Tarifkonflikt Deutsche Post AG**

# Stoppt die Plünderung!

**INHALT**

**Titelthema**

**4-5** Tarifkonflikt Deutsche Post AG: Stoppt die Plünderung!

**Branchenpolitik**

**6-7** Nach der Wahl: Was der Fachbereich von der neuen Regierung erwartet

**Speditionen und Logistik**

**8-9** Internationale Aktionswoche im Straßentransport

**Weltweit**

**10** UNI-Konferenz in Dublin

**Aktivitäten**

**11** ver.di-Seniorenreise an die Costa Blanca

**Service**

**12** Termine

**NACHRICHTEN**

**Jugend braucht Perspektive**

Bei der 9. Bundes-JAV-Konferenz des Konzerns Deutsche Post AG am 24. und 25. September in Nürtingen diskutierten rund 150 Jugend- und Auszubildendenvertreter mit Arbeitgebervertretern über die Qualität der Ausbildung sowie die Übernahme der ausgebildeten Fachkräfte. Zudem informierten die Jugend- und Auszubildendenvertretungen über ihre Arbeit im vergangenen Zeitraum.



Foto: ver.di

**Jugend protestiert gegen „Ausbildungsstau“ in Deutschland.**

Ihre Forderung, dass Jugend Perspektive braucht, zeigten sie eindrucksvoll mit ihrer Demonstration: Die Jugendvertreter blockierten eine stark befahrene Kreuzung am Konferenzort, um auf die katastrophale Situation auf dem deutschen Ausbildungsplatzmarkt aufmerksam zu machen. Die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-jährigen deutlich gestiegen ist. Gleichzeitig sank die Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze im Vergleich zum Vorjahr um über fünf Prozent. Konkret sind das 22 000 Ausbildungsplätze weniger als noch vor einem Jahr. Bei der Aktion wiesen die Jugendlichen auf einen der großen Ausbildungsplatzvernichter, die Deutsche Post DHL hin. Dieses Unternehmen hat die Ausbildungsplätze von 1875 im Jahr 2005 auf 1606 Aus-

bildungsplätze im Jahr 2009, also um 15 Prozent gesenkt.

*Thorsten Kühn*

**Aufsichtsratswahl bei Schenker AG**

Die Schenker AG ist ein Tochterunternehmen des Konzerns Deutsche Bahn AG und gehört zur Unternehmenssparte Transport und Logistik. Die Aufsichtsratswahl bei der Schenker AG findet am 11. März 2010 statt. Die Arbeitnehmerbank setzt sich zusammen aus sechs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie einem leitenden Angestellten der Schenker AG und drei Gewerkschaftsvertretern. Für die bevorstehende Wahl ist laut Gesetz die doppelte Anzahl von Kandidaten notwendig.

Am 8. September 2009 bestätigten die Delegierten aus dem Unternehmen Schenker AG ihre Kandidatinnen und Kandidaten von ver.di für die Wahl der Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsrat: (von links) Peter Piffremont, Betriebsrat, Schwerin; Dr. Sigrun Schmid, Bereichsleiterin, ver.di-Bundesfachbereich; Reinhard Zieschank, Betriebsrat, Berlin; Roswitha Lohmann, Betriebsrätin, Haiger; Monika Krämer, Betriebsrätin, Coburg; Werner Schäffer, Fachgruppenleiter Speditionen, Logistik und Kurier-, Express-, Paket-

dienste, ver.di-Bundesfachbereich; Michael Conen, Betriebsrat, Hagen; Walther H. Meusel, Betriebsrat, Düsseldorf; Dr. Peter Höpgen, Gewerkschaftssekretär, ver.di-Bezirk Essen; Jürgen Hemp, Betriebsrat, Köln; Frank Stehn, Betriebsrat, Nürnberg; Detlev Schmalstieg, Betriebsrat, Hannover; Klaus Vögele, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates; Heinz Münzer, Betriebsrat, Chemnitz; Klaus-Peter Renner, Betriebsrat, Berlin. Nicht auf dem Foto sind Doris Schreckenberger, Heidi Kloor und Detlef Dreyer, Referenten ver.di-Bundesfachbereich.

*red*

**Warnstreiks in Hessen fortgesetzt**

ver.di fordert für die Beschäftigten im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe in Hessen sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 Euro bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von zwölf Monaten. ver.di hatte die Tarifverträge fristgerecht zum 30. Juni gekündigt. Der Arbeitgeberverband war bisher nicht zu Verhandlungen bereit und betonte, dass er in diesem Jahr keine Notwendigkeit für Tarifierhöhungen erkenne. Daher traten ab Anfang September die Beschäftigten der Branche in Warnstreiks, um die Arbeit-

**IMPRESSUM bewegen**

Nr. 10/2009  
8. Jahrgang

**Herausgeber:**

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

**Bundesvorstand:**

Frank Bsirske, Andrea Kocsis

**Redaktion:**

Dr. Sigrun Schmid (verantwortlich), Gabriele Sander, Dr. Helma Nehrlich

**E-Mail:**

bewegen.psl@verdi.de

**Online-Ausgabe:**

www.verdi-Fachbereiche.de

**Redaktionsanschrift:**

ver.di Bundesverwaltung  
Fachbereich Postdienste,  
Speditionen und Logistik

10112 Berlin

Telefon 0 30/69 56-0

Fax 0 30/69 56-37 62

**Erscheinungsweise:**

9 Ausgaben pro Jahr

**Redaktionsschluss:**

Heft 11/2009: 23. Oktober 2009

Heft 12/2009: 23. November 2009

**Gestaltung + Layout:**

alpha print medien AG

**Druckauflage:**

249.400

**Herstellung + Druck:**

apm AG Darmstadt,  
Kleyerstraße 3,  
64295 Darmstadt,  
www.alpha-print-medien.de



Foto: Frank Rumpfenhorst

**Kandidaten von ver.di für die Wahl der Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsrat der Schenker AG.**



Foto: ver.di

**Warnstreik am 14. September bei Kraftverkehr Nagel in Kassel.**

geberseite an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Warnstreiks veranlassten den Arbeitgeberverband zu der Option, Mitte Januar 2010 in die Tarifverhandlungen einzutreten – gekoppelt daran, dass ver.di bis zu dem Verhandlungstermin keine Warnstreiks mehr durchführe. ver.di wird mit weiteren Aktionen aktive Denkhilfe leisten, damit die Tarifverhandlungen bald beginnen können.

*Patrick C. Fois*

**DHL kündigt Entlassungen an**

Nach Einleitung der Insolvenz des Handelskonzerns Arcandor und dem Rückgang des Warenumschlages in den von DHL gemanagten Lägern der Arcandor-Töchter Karstadt und Quelle kündigten DHL Solutions Retail GmbH, DHL Solutions Fashion GmbH und DHL Solutions Großgut GmbH Standortschließungen und über 600 Entlassungen an. In den Unternehmen sind rund 3000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Eine tarifliche Absenkung ist nach Aussage der Arbeitgeber derzeit nicht beabsichtigt. Der Postkonzern hatte im Jahr 2005 Teile der Logistiksparte von Karstadt/Quelle und von Neckermann übernommen. Sie wurden unter dem Dach der DHL Solutions in drei eigenständigen Gesellschaften angesiedelt. ver.di hat Ende September mit den Betriebsräten DHL

Solutions Retail GmbH, DHL Solutions Fashion GmbH und DHL Solutions Großgut GmbH die Strategie abgestimmt. Die Gewerkschaft fordert die Arbeitgeber auf, die Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise Ersatzarbeitsplätze im Konzern anzubieten.

*Werner Schäffer*

**Neuer Bußgeldkatalog erschienen**

Mit Blick auf die geänderten Bußgelder für Verkehrsteilnehmer – einschließlich der 46. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften zum 1.

September 2009 – hat ver.di zusammen mit der GUV/FAKULTA den „Bußgeldkatalog“ neu aufgelegt. Er listet die Ordnungswidrigkeiten sowie die entsprechenden Sanktionen auf, gibt Auskunft über die Grundzüge des Straßenverkehrsrechts und hält praktische Tipps parat. Erhältlich ist der Bußgeldkatalog in den ver.di-Landesbezirksfachbereichen.

*red*

**BAG-Bericht zu den Arbeitsbedingungen**

Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen des Masterplanes Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung hat das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) die Arbeitsmarktsituation und die Arbeitsbedingungen in den Berufen Speditionskaufleute, Schienenfahrzeugführer, Kraftfahrzeugführer und Binnenschiffer näher untersucht. Der BAG-Bericht steht als Download unter [www.bag.bund.de](http://www.bag.bund.de) zur Verfügung.

*red*

**Betreuungswerk für Menschen in Not**

Das Betreuungswerk Post, Postbank, Telekom ist eine gemeinnützige Stiftung mit einem sozialen Auftrag. Es hilft in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen der Unternehmen Post, Postbank und Telekom.

Schlimme Unfälle und Krankheiten können jeden treffen. Die Stiftung hilft mit Beratung und Geldzuwendungen. Besondere Sorge gilt dabei in Not geratenen Kindern. Sie erhalten das, was sie dringend brauchen: Unterstützung, um ihren Weg in die Zukunft gehen zu können. Auch bedürftige Jugendliche aus einkommensschwachen Familien werden unterstützt, so mit Zuschüssen zur Berufsausbildung oder zum Studium. Im Alter häufen sich Krankheit und Immobilität. Die Folgen davon sind oft Einsamkeit und das Gefühl, im Stich gelassen zu werden. Hier bieten ehrenamtliche Seniorenbeiräte wertvolle Hilfe an. Helfen hat beim Betreuungswerk eine lange Geschichte: Die gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Stuttgart besteht seit 1892. Unterstützt wird sie von ehrenamtlichen Mit-

schütternde Fälle, wo dringend Hilfe notwendig ist. Deshalb ist das Betreuungswerk auch künftig auf Spenden angewiesen. Jeder kann mit seiner Spende helfen oder ehrenamtlich das Betreuungswerk unterstützen. Wer mehr dazu wissen möchte oder auch darüber, in welchen Fällen, das Betreuungswerk helfen kann, kann sich telefonisch informieren unter der kostenfreien Servicenummer 0800/1014060 oder über [www.betreuungswerk.de](http://www.betreuungswerk.de)

*red*

**Urlaub mit dem Erholungswerk**

Mitte Oktober 2009 erscheint der neue Urlaubskatalog des Erholungswerkes Post, Postbank, Telekom für die Saison 2009/2010. Angeboten werden Reiseziele in Deutschland, Europa und der Welt für Familien, Paare, Singles oder Gruppenreisende. Der Katalog kann bestellt werden über das Telefon 0180/3000839 (0,09 Euro/Minute aus dem Festnetz von T-Com) oder per E-Mail unter [katalog@erholungswerk.de](mailto:katalog@erholungswerk.de). Mehr Informationen sind zu finden unter [www.erholungswerk.de](http://www.erholungswerk.de)

*red*

**Korrektur**

In der Ausgabe der bewegen 08–09/2009, Seite 6 wurde versehentlich die Zahl von 4300 Fahrern für die Transporte in Eigenleistung bei der Deutschen Post AG genannt. Diese Zahl ist falsch. Richtig ist die Zahl von 4150 Fahrern. Wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen.

*red*



arbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne deren Einsatz die Arbeit des Betreuungswerkes nicht vorstellbar wäre. Täglich erreichen die Stiftung Meldungen über er-



Februar 2001: Beschäftigte demonstrieren gegen die Fremdvergabe des Fahrdienstes der Post AG. April bis Juni 2003: Bundesweit protestieren Beschäftigte gegen die Auslagerung der Paketpost. April 2008: Bundesweite Warnstreiks in der Tarifaueinandersetzung mit der Post AG.

Fotos: ver.di (2), Manfred Vollmer

# Schutz vor Fremdvergabe

## Tarifkonflikt Deutsche Post AG

**Anfang Oktober haben ver.di und die Deutsche Post AG die Tarifverhandlungen zum Schutz vor Fremdvergabe aufgenommen. Bis Anfang November sind zwischen beiden Tarifvertragsparteien insgesamt vier Verhandlungsrunden terminiert. „Wir erwarten, dass mit Aufnahme der Verhandlungen beim Arbeitgeber auch die Vernunft Einzug erhält und man zu einer seriösen Tarifpolitik zurückkehrt“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Bundesfachbereichsleiterin Andrea Kocsis unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen am 6. Oktober 2009.**

Seit Monaten schon stellt die Deutsche Post AG öffentlich die gemeinsam im April 2008 ausgehandelten Tarifverträge zur Arbeitszeit und zur Entgelterhöhung in Frage und droht vor dem Hintergrund der zum Jahresende auslaufenden Verträge aus dem Beschäftigungspakt von 2006 mit der Fremdvergabe in der Brief- und Paketzustellung. „Wenn es nötig ist, werde ich auch vor diesem Thema nicht zurückschrecken“, erklärte der Vorstands-

vorsitzende Frank Appel seine Position zur Fremdvergabe der Zustellung in der Süddeutschen Zeitung Anfang September. ver.di nimmt diese Drohungen sehr ernst. Für ver.di ist klar: Die Zustellung ist das Kerngeschäft der Deutschen Post AG. Um die fundamentalen Angriffe des Arbeitgebers auf die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten abwehren zu können, hat sich ver.di unter dem Motto „Stoppt die Plünderung“ vorsorglich handlungsfähig gemacht und die Rationalisierungsschutztarifverträge gekündigt.

Ende August hatten sich ver.di und die Deutsche Post AG in einem Vorstandsgespräch darauf verständigt, zur Vorbereitung von Verhandlungen Gespräche auf der Arbeitsebene zu führen. Diese Gespräche auf Arbeitsebene fanden Mitte September statt. Dabei war der Versuch, Verhandlungsthemen zusammenzufassen und mit einer gemeinsamen Verpflichtung der Tarifvertragsparteien, dazu sodann Verhandlungen zu führen, nicht erfolgreich. Die Deutsche Post AG wollte ihrerseits keine Verhandlungszusage zum Abschluss der Fremdvergabe in der Zustellung geben, sofern ver.di nicht im Gegenzug Verhandlungsbereitschaft zu den von der Deutschen Post AG genannten Verhandlungsthemen der Wochenarbeitszeit, der Entgelterhöhung und der Besitzstände erklären würde. Zu einer solchen Zusage allerdings war ver.di nicht bereit, da diese in bestehenden und ungekündigte Tarifverträge eingreifen würde. Diese Gespräche auf Ar-

beitsebene mündeten in einem Ergebnisvermerk vom 17. September 2009, der die Verhandlungsgegenstände aus Sicht der jeweiligen Tarifvertragspartei benennt. Es wurde vereinbart, die Tarifverhandlungen Anfang Oktober aufzunehmen. Das Ziel von ver.di sind zügige Verhandlungen. In den Betriebsversammlungen der vergangenen Wochen haben die ver.di-Mitglieder Geschlossenheit gegenüber dem Arbeitgeber gezeigt. Dass sich die Deutsche Post AG den Verhandlungen zum Schutz vor Fremdvergabe nicht verweigert, sondern noch vor Ablauf der Friedenspflicht aus den von ver.di gekündigten Tarifverträgen vier Verhandlungstermine vereinbart werden konnten, zeigt, dass der bislang von den ver.di-Mitgliedern erzeugte Druck nicht ohne Wirkung geblieben ist.

## Die Forderungen der Tarifkommission

Am 2. Oktober hat die Tarifkommission die Forderungen von ver.di für die Verhandlungen zum Schutz vor Fremdvergabe beschlossen. Danach fordert ver.di erstens den Ausschluss der Fremdvergabe in der Briefzustellung und die Begrenzung der Fremdvergabe in der Paketzustellung auf maximal 880 Bezirke über den 31. Dezember 2009 hinaus. Zweitens fordert ver.di den Erhalt des Fahrdienstes mit 4150 eigenen Fahrern über den 31. Dezember 2009 hinaus. Drittens fordert ver.di eine Erweiterung des bestehenden Rationali-

sierungsschutzes um einen umfassenden Schutz der Beschäftigten vor den Folgen einer möglichen Fremdvergabe. Viertens fordert ver.di den Erhalt der bezahlten REVAS-Pausen in der Nachtschichtarbeit.

Der Vertrag zum Ausschluss der Fremdvergabe in der Zustellung vom November 2006 geht ursprünglich zurück auf den im Jahr 2003 zwischen der Deutschen Post AG und ver.di geschlossenen Beschäftigungspakt. Damals hatte der Post-Vorstand mit der Auslagerung des kompletten Paketdienstes gedroht. Im Zuge des Beschäftigungspaktes wurden auch die tariflichen Regelungen zur freiwilligen Übernahme zusätzlicher Leistungen (ÜzL), der Wegfall der Freistellung von der Arbeit am 24. und 31. Dezember sowie Regelungen zum Stücklohn bei „Infopost schwer“ und der Abholung von Paketsendungen vereinbart. Auch diese Regelungen wurden 2006 fortgeschrieben und laufen wie der Ausschluss der Fremdvergabe zum 31. Dezember 2009 aus.

Der erste Vertrag zum Erhalt des posteigenen Fahrdienstes datiert aus dem Jahr 2001. Seinerzeit wollte die Deutsche Post AG den kompletten Fahrdienst fremd vergeben. Nach unzähligen Protestaktionen gegen den Ausverkauf des Fahrdienstes konnte ein Stufenplan zum Erhalt einer Eigenbeschäftigungsquote durchgesetzt werden. Im November 2007 konnten die Regelungen zum Erhalt von Transporten in Eigenleistung fortgeschrieben werden. Danach ist die Deutsche Post AG bis zum 31. Dezember 2009 verpflichtet, mindestens 4150 eigene Fahrer einzusetzen.

## Die Zustellung ist das Kerngeschäft

Die Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Schichtdienstleistende (REVAS) wurden vor über 25 Jahren zur Abfederung der besonderen physischen Belastungen der Nachtarbeit eingeführt. Danach hat jeder Beschäftigte, der Schichtdienst in der Nacht leistet, eine zusätzliche Erholzeit von sechs Minuten pro Stunde. Diese REVAS-Pause wollte die Deutsche Post AG zum 1. Juli dieses Jahres streichen (siehe bewegen Heft 06–07/2009). Nach heftigen Protesten von ver.di und Betriebsräten konnte Ende Juni erreicht werden, dass die Deutsche Post AG vorerst auf eine Streichung verzichtet und hierzu Ende des Jahres Gespräche aufgenommen werden.

Mit Aufnahme der Tarifverhandlungen am 6. Oktober hat ver.di der Deutschen Post AG die von der Tariff Kommission beschlossenen Forderungen übergeben und erläutert. Ein Angebot wurde seitens des Arbeitgebers bei diesem ersten Verhandlungstermin noch nicht vorgelegt. Die weiteren Verhandlungen finden am 14. Oktober, am 28. und 29. Oktober sowie am 5. und 6. November 2009 statt.

„Wir wollen eine Lösung am Verhandlungstisch“, sagt die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Leiterin des Bundesfachbereiches Postdienste, Speditionen und Logistik Andrea Kocsis. Allerdings bereitet sich ver.di parallel auf den Konfliktfall vor. Die Friedenspflicht aus den gekündigten Rationalisierungsschutzverträgen ist am 6. November beendet. „Die Zustellung ist Kerngeschäft und für den Schutz unserer Mitglieder bei drohender Fremdvergabe werden wir notfalls auch kämpfen“, stellt Andrea Kocsis klar.

**Stephan Teuscher**



Foto: ver.di

**Tarifauseinandersetzung mit der Post AG, April 2008: Mit über 93 Prozent streikbereiten Beschäftigten im Rücken konnte ver.di ein sehr akzeptables Ergebnis erzielen: 38,5-Stunden-Woche für alle, Kündigungsschutz bis 30. Juni 2011 und sieben Prozent mehr Geld!**

## Der besondere Schutz für ver.di-Mitglieder

- Schutz und Sicherheit durch Tarifverträge
- Beratung und Hilfe bei Problemen am Arbeitsplatz
- Rechtsschutz bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber
- **Streikunterstützung im Arbeitskampf**
- Eine starke und durchsetzungsfähige Gemeinschaft
- Mieter- und Lohnsteuerberatung
- Freizeitunfallversicherung

bewegen 10/2009

Ausschneiden und im Fensterbriefumschlag absenden!



**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft**  
Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik

10112 Berlin



Tarifeinwanderung in der Speditions- und Logistikbranche in Hessen, September 2009: Warnstreik bei DHL Airways in Frankfurt am Main.

Foto: ver.di

# Nach der Wahl

## Was der Fachbereich von der neuen Regierung erwartet

Deutschland hat gewählt. Die Unionsparteien von CDU und CSU sind die stärkste politische Kraft geblieben. Die künftige Bundesregierung wird von CDU/CSU und FDP gestellt. Die Sozialdemokraten scheiden nach elf Jahren – zunächst sieben Jahre unter Rot-Grün und sodann vier weitere Jahre in der Großen Koalition – aus der Regierungsverantwortung aus. Anfang Oktober haben Union und FDP die Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Im November sollen der Koalitionsvertrag und damit das Regierungsprogramm für die neue Legislaturperiode stehen.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben unmittelbar nach der Wahl ihre Anforderungen an die künftige Regierungskoalition formuliert. Seitens des ver.di-Fachbereiches Postdienste, Speditionen und Logistik gibt es fünf zentrale Forderungen an die Politik.

### ● Der branchenspezifische Post-Mindestlohn nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz muss erneut verordnet werden.

Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hatte sich im August 2007 darauf verständigt, den deutschen Postmarkt zum 1. Januar 2008 vollständig zu liberalisieren und im Gegenzug die Beschäftigten der Branche mit einem Mindestlohn vor Lohndumping zu schützen. Die derzeitige Post-Mindestlohnverordnung gilt bis zum 30. April 2010. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Regierungskoalition auf eine erneute Verordnung des Post-Mindestlohnes festlegt.



Foto: C.v. Polentz/transit

### ● Ein flächendeckender und qualitativ hochwertigen Post-Universaldienst muss erhalten bleiben.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen ist ein hohes Gut und hat Verfassungsrang. Gemäß dem Grundgesetz Art. 87 f gewährleistet der Bund die flächendeckende angemessene und ausreichende Dienstleistung im Postbereich. Dieses Ziel ist dauerhaft nur durch die Bereitstellung adäquater regulatorischer Vorgaben zu erreichen. Deutschland ist ein Flächenstaat, die Gleichheit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind maßgeblicher Bestandteil einer auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gerichteten Infrastrukturpolitik.

In dieser Legislaturperiode steht eine Novelle der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) an. Auf diesen Zeitplan hatte sich der hier federführend zuständige Bundestagsausschuss für Wirtschaft- und Technologie schon in der vergangenen Wahlperiode verständigt. Außerdem steht eine Anpassung des Umsatzsteuergesetzes,

## Beitrittserklärung

ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ich möchte Mitglied werden ab: \_\_\_\_\_ Monats/Jahr

### Persönliche Daten:

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

### Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in  Angestellte/r

Beamter/in  DO-Angestellte/r

Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstd. \_\_\_\_\_

Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstd. \_\_\_\_\_

Erwerbslos \_\_\_\_\_

Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-/Volontär/in-Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/in-Student/in bis \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

Wirtschafts-/Geschäftszweig \_\_\_\_\_ ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr Monat/Jahr

### Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftzugsverfahren

monatlich  vierteljährlich  
 halbjährlich  jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren\* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen.  
\*Dabei möglich in ausgewählten Unternehmen

Name des Geldinstituts/Filiale (ort) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst Euro \_\_\_\_\_

Monatsbeitrag Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungs- und Gefängnisfrauen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

**Datenschutz**  
Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

### Werber/in:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_





Foto: ver.di

in der die Befreiung des Universaldienstes von der Mehrwertsteuer geregelt ist, auf der Tagesordnung des Parlamentes. Auch hierüber konnte in der vergangenen Legislaturperiode – nicht zuletzt aufgrund eines seinerzeit noch ausstehenden Urteiles des Europäischen Gerichtshofes zur Umsatzsteuerbefreiung von Universaldienstleistungen – nicht mehr abschließend beraten werden. Anpassungsbedarf besteht, weil seit der vollständigen Öffnung des deutschen Postmarktes zum 1. Januar 2008 die Deutsche Post AG nicht mehr allein zur Erbringung des Universaldienstes verpflichtet ist. Da die Umsatzsteuerbefreiung das Ziel hat, eine flächendeckende Postversorgung zu gewährleisten, ist diese nunmehr als logische Konsequenz aus der vollständigen Liberalisierung auf alle Unternehmen, die Universaldienstleistungen nach der PUDLV anbieten, auszudehnen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes liegt mittlerweile ebenfalls vor. Es stellt im Kern klar, dass das Streichen der Mehrwertsteuer europarechtswidrig ist.

Die europäische Postdienste-Richtlinie definiert für die Mitgliedstaaten lediglich Untergrenzen einer Postversorgung. ver.di fordert von der neuen Regierungskoalition die umfassende Absicherung eines flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Universaldienstes einschließlich seiner Finanzierung. An dem bisherigen Niveau von Umfang und Qualität des postalischen Universaldienstes ist über die künftige PUDLV und das zu ändernde Umsatzsteuergesetz festzuhalten. Das umfasst konkret unter anderem eine Paketgrenze bis 20 Kilogramm und einer werktäglichen Zustellung an sechs Tagen in der Woche.

### ● Der Masterplan Güterverkehr und Logistik muss fortgeführt werden.

Der Logistikstandort Deutschland muss gestärkt und nachhaltig ausgebaut

werden. Der unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums in der vergangenen Legislaturperiode ins Werk gesetzte „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ ist fortzuführen. Zu dem Aspekt einer abgestimmten Infrastrukturpolitik gehört auch der verstärkte Ausbau der Park- und Rastanlagen als unverzichtbarer Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt des Fahrpersonals.

Die mit dem Masterplan unter „Gute Arbeit und gute Ausbildung im Transportgewerbe“ eingeleiteten Maßnahmen, die sich mit den sozialen Belangen der Beschäftigten in Güterverkehr und Logistik befassen, sind weiterzuentwickeln. Hierzu müssen auch die Erhebungen des seit 2008 jährlich durchzuführenden Monitorings zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Branche verfeinert werden, vor allem hinsichtlich der Arbeitszeiten sowie physischer und psychischer Belastungen. Mit dieser jährlich aktualisierten



Foto: Behala

Informationsgrundlage können Problemstellen erkannt und Lösungsansätze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen entwickelt werden.

Weiter muss das Netzwerk für Güterverkehr und Logistik aus Vertretern von Verbänden, darunter ver.di, aufrecht erhalten werden, in dem sich die Beteiligten austauschen und die Masterplan-Maßnahmen begleiten können.

### ● Der Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe muss zentrales Politikfeld bleiben.

Unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben sich ver.di und die Spitzenverbände des Speditions-, Transport- und Logistikgewerbes am 12. April 2006 zu ei-



Foto: ver.di

nem Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung abgeschlossen. Dieses Bündnis für fairen Wettbewerb und gegen eine ruinöse Preiskonkurrenz ist fortzuführen. Ein ausreichender Personalbestand der mit den Kontrollen betrauten Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ist sicherzustellen.

### ● Das Sonntagsfahrverbot für den Straßengüterverkehr muss in Deutschland beibehalten werden.

Die Trennung von Freizeit- und Güterverkehr an Sonn- und Feiertagen hat sich seit über fünfzig Jahren bewährt und ist für Deutschland, das Haupttransitland Europas, als ein entscheidender Beitrag zur Verkehrssicherheit notwendig. Ausnahmen von der Regelung des Sonntagsfahrverbotes, wie der Transport leicht verderblicher Lebensmittel, müssen auch die Ausnahme bleiben. Eine Vielzahl unbegründeter Ausnahmegenehmigungen höhlen das Gesetz nach und nach aus. Wirtschaftliche oder wettbewerbliche Gründe rechtfertigen keine Erteilung einer Ausnahmegenehmigung.

In der Konsequenz hätte die Aufhebung des Sonntagsfahrverbotes nicht nur Auswirkungen auf die Beschäftig-



Foto: Jan Bergrath

ten im Straßengüterverkehr, sondern ebenso auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Lagerei und Handel. Das Sonntagsfahrverbot für die Lkw muss unverändert beibehalten werden.

sis



ver.di organisierte Veranstaltungen an Grenzübergängen, auf Park- und Rastanlagen, in Innenstädten sowie vor Unternehmen der Branche und

# Gemeinsam mehr bewegen

## Internationale Aktionswoche im Straßentransport

Bereits zum 13. Mal fand vom 7. bis 13. Oktober 2009 die „Internationale Aktionswoche im Straßentransport“ statt. Unter dem Motto: „Zusammenstehen und gemeinsam mehr bewegen!“ sprachen Kolleginnen und Kollegen von ver.di an Grenzübergängen und auf Autobahnen mit Beschäftigten im Straßentransport über deren Arbeitsbedingungen und informierten sie über die gewerkschaftlichen Forderungen zu ihrem Berufsalltag. Ebenso kam ver.di mit Arbeitnehmern der stationären Bereichen in Logistik- und KEP-Betrieben ins Gespräch. Dabei konnten auch Mitglieder für die Gewerkschaft gewonnen werden.

### Parkplatznot ist immer noch ein akutes Problem

In Rheinland-Pfalz/Saar gab es in der Aktionswoche eine Postkartenaktion: „Ich unterstütze die ver.di-Forderung zum raschen Ausbau der Park- und Rastanlagen an deutschen Autobahnen“. Auch in Bayern sowie in Niedersachsen/Bremen sammelte ver.di Unterschriften für mehr Lkw-Parkplätze.

Die Parkplatznot ist noch immer ein akutes Problem im Straßentransport – und das nahezu flächendeckend. Eine Erhebung des Bundesverkehrsministeriums 2008 stellte ein Defizit von etwa 14 200 Lkw-Parkständen fest. Besonderer Schwerpunkt sind dabei die Bun-

desautobahnen. Allein in Nordrhein-Westfalen fehlen 4200 Rastplätze, in Hessen 2350 und in Bayern 2200. Die im Vorjahr deutschlandweit erfassten Park- und Rastanlagen mit über 28 500 Stellplätzen waren zum Zeitpunkt der Erhebung zu rund 25 Prozent überbelegt. Das Parkplatz-Defizit dürfte bis zum Jahr 2015 nach Expertenvoraussagen auf 30 000 fehlende Lkw-Stellplätze ansteigen – sofern nicht umgehend gegengesteuert wird.

### Fahrer können oft die Pausen nicht einhalten

ver.di hat seit Jahren die Arbeitsbedingungen im Straßentransport kritisch im Blick und fordert nachhaltige Verbesserungen. Trotz des derzeitigen Rückgangs des Güterverkehrsaufkommens ist längerfristig von einem erheblichen Wachstum auszugehen. So kommt ein Gutachten im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums zu der Einschätzung, dass der Ladungsanteil, der über die Straßen transportiert wird, überproportional auf über 80 Prozent ansteigen wird. Zugleich ist Deutschland das europäische Transitland Nummer Eins auf der Nord-Süd- und Ost-West-Achse.

Die seit 2007 geltenden einheitlichen EU-Vorgaben zu den Lenk- und Ruhezeiten des Fahrpersonals dienen der Verkehrssicherheit. Doch die Situation auf den Lkw-Parkplätzen verhin-

dert häufig die Einhaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen. Der Stress für die Fahrer, zeitnah einen geeigneten Parkplatz für die vorgeschriebenen Pausen zu finden, hat sich erhöht.

Die Einführung eines Parkleitsystems, mit dem Fahrer rechtzeitig auf freie Parkplätze hingewiesen werden, halten die europäischen Transportarbeitergewerkschaften für sinnvoll. Die Europäische Union hat 2007 das Projekt SETPOS (Secured Truck Parking Operational Services) und inzwischen auch das Folgeprojekt LABEL gestartet. Über die Internetplattform [www.truckinform.eu](http://www.truckinform.eu) können Informationen über freie Lkw-Parkplätze an der Fahrtstrecke abgerufen und Stellplätze reserviert werden. Angaben zu öffentlichen und privaten Parkanlagen in ganz Europa sind mehrsprachig in der dortigen Datenbank eingespeist. Doch eine Datenbank schafft keine Parkstände. ver.di und die europäischen Transportgewerkschaften sehen vor allem in der Schaffung bedarfsgerechter Park- und Rastanlagen ein wichtiges Feld zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Fahrpersonal. Bereits im Rahmen der Aktionswoche im vergangenen Jahr sammelte ver.di dazu über 8000 Unterschriften und überreichte sie dem Bundesverkehrsministerium.

Bis Ende 2009 sollen rund 3000 neue Parkplätze an Autobahnen geschaffen werden und insgesamt 11 000





Fotos: ver.di

sammelte Unterschriften für einen zügigen Ausbau der Park- und Rastanlagen.

bis 2012. Das würde laut Bundesverkehrsministerium die Kapazität der Rastanlagen entlang der Autobahnen innerhalb von fünf Jahren um 40 Prozent erhöhen. 2009 und 2010 stehen dazu 200 Millionen Euro für den Parkplatzbau zur Verfügung. Besondere Schwerpunkte liegen dabei in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

## Handeln der Bundesländer angemahnt

Das Eile geboten ist, verdeutlicht ein Fall in Niedersachsen: Anfang September fuhr ein Lkw-Fahrer bei Dunkelheit in der überfüllten Rastanlage Garbsen-Nord ungebremst auf einen am Fahrbahnrand abgestellten Sattelzug auf. Die Feuerwehr musste den eingeklemmten Verletzten aus dem Fahrerhaus befreien. In Garbsen-Nord sind zwar bereits 68 zusätzliche Parkplätze und eine 175 Meter lange Haltespur für Schwertransporter geplant, doch Baubeginn ist 2010. Bis Ende kommenden Jahres sollen im Land insgesamt 500 neue Lkw-Parkstände entstehen. Für den ver.di-Landesfachbereich bilden diese Baumaßnahmen nur einen „Tropfen auf dem heißen Stein“. Denn insgesamt fehlen in Niedersachsen 1370 Lkw-Parkstände.

ver.di hatte sich im Frühsommer bundesweit an die zuständigen Landesministerien gewandt, nach geplanten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und dem Aus- und Neubau von Lkw-Parkplätzen gefragt und Handeln ange-

mahnt. Einige Bundesländer – wie etwa Bayern – verwiesen auf 850 zusätzliche Lkw-Parkstände an Bundesautobahnen für dieses und nächstes Jahr und spezielle Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur beschleunigten Umsetzung des „Ausbauprogramms zur Verbesserung des Parkflächenangebots an Tank- und Rastanlagen der Bundesautobahnen“. Das Programm war mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik beschlossen worden. Andere Länder, wie Schleswig-Holstein, räumen ein, dass „weiterhin eine erhebliche Anzahl von Lkw-Parkständen fehlt“. Hamburg erklärte, dass „in 2009 und 2010 keine neuen Stellplätze geschaffen“ werden. „Die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern haben die Situation noch nicht im Griff“, kritisiert ver.di-Bundesfachgruppenleiter Speditionen, Logistik und Kurier-, Express-, Paketdienste Werner Schäffer und betont, dass ver.di mit Blick auf Quantität wie Qualität der Parkplätze weiter Druck machen werde.

## Allgemeinverbindliche Standards gefordert

ver.di fordert allgemeinverbindliche Standards für Park- und Rastanlagen, damit die Fahrer und Fahrerinnen ihre Pausen und Ruhezeiten als wirkliche Erholungszeiten nutzen können. Dazu tragen eine räumliche Trennung von Pkw- sowie Lkw- und Busparkplätzen, ihre weitestgehende Entfernung von der Fahrbahn und zusätzliche Lärmschutzwälle bei. Ebenso gehören dazu die Verbesserung von sanitären Einrich-

tungen, gute Einkaufsmöglichkeiten, preisgünstige und ernährungsphysiologisch sinnvolle Angebote für die Verpflegung, verbesserte Kommunikationsangebote wie kostengünstige Internetzugänge, Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung sowie eine medizinischen Notfallversorgung.

## Wirkliche Erholung muss sicher sein

Ganz oben auf die Liste von Standards gehört die Sicherung der Parkeinrichtungen. Immer wieder kommt es vor, dass Fahrer während der Ruhepausen überfallen werden und die Ladung des Fahrzeugs gestohlen wird. Die Notwendigkeit spezieller Zugangsberechtigungen für Lkw-Parkflächen belegt eine aktuelle Befragung von über 2000 Lkw-Fahrern aus 31 europäischen Ländern. Diese ergab, dass in den letzten fünf Jahren jeder sechste Befragte mindestens einmal Opfer eines Überfalls wurde. Etwa 60 Prozent aller Attacken ereigneten sich auf Parkplätzen oder Autohöfen. In reichlich einem Fünftel der Fälle richteten sie sich nicht nur gegen Fahrzeuge, die Ladung oder persönliches Eigentum, sondern die Fahrer wurden auch körperlich angegriffen.

Solche Standards sind nicht von heute auf morgen flächendeckend erreichbar. Sie verlangen beträchtliche Investitionen. „Dafür sollte aber Geld vorhanden sein“, meint Werner Schäffer, „wir fordern, dass Mittel aus den Maut-Einnahmen zweckgebunden für bauliche Veränderungen auf Rastplätzen eingesetzt werden sollen“.

neh

# UNI-Konferenz in Dublin

Am 7. und 8. September 2009 trafen sich rund 150 Delegierte aus 24 Ländern zur UNI Europa Post und Logistik-Konferenz in Dublin. Sie setzten sich mit der Postpolitik der EU-Kommission und der Liberalisierungsstrategie auseinander und verständigten sich über das gewerkschaftliche Vorgehen in den nächsten Jahren. Von der irischen Küste aus sendeten die Gewerkschafter eine überdimensionierte Flaschenpost an den für Wettbewerb zuständigen EU-Kommissar Charlie McCreevy. Der Post-service drohe in Folge der EU-Liberalisierung so weit abgebaut zu werden, dass man am Ende zur Flaschenpost zurückkehren müsse, symbolisierte die Aktion. Die Konferenzteilnehmer forderten den sofortigen Aufschub der Umsetzung der dritten EU-Postdienstleistungsrichtlinie und eine Debatte darüber, wie Sozialdumping und Qualitätsverlust gestoppt werden könne. Selbst eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie bestätige, dass die Liberalisierungsstrategie der EU zu Qualitätsverlust und Druck auf Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Postdienstleistungsunternehmen geführt habe.

Zur ver.di-Delegation in Dublin gehörte Helga Thiel vom Gesamtbetriebsrat der Deutschen Post AG. Die Kollegin aus dem Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saar ist Mitglied des Bundesfachbereichsvorstandes Postdienste, Speditionen und Logistik. Wir fragten sie nach ihren Eindrücken von der Konferenz.

**bewegen** | Was hat dich auf der Konferenz stark beeindruckt?

**Helga Thiel** | Die UNI ist eine starke Organisation – gerade auch gegenüber

den EU-Institutionen – und steht für flächendeckende Universaldienste, faire Regulierung, Bekämpfung von Lohndumping, eine gute Post für alle Bürger und für gute Jobs, mit einem Einkommen, um die Familie ernähren zu können. Auf der Konferenz wurde über viele länderübergreifende Aktionen berichtet, mit denen erreicht werden konnte, dass es im EU-Recht Spielräume für soziale Gestaltung gibt. Diese gilt es nun national auszugestalten. Diese praktische, erlebte Solidarität hat mich sehr beeindruckt und hilft bei Problemen, die vor uns liegen.

**bewegen** | Wie stellte sich die Situation der Beschäftigten im Postbereich in den anderen EU-Ländern dar?

**Helga Thiel** | Die von der Öffnung der Märkte erhofften positiven Effekte sind nicht eingetreten. Es ist nicht zu Wachstum, Innovation, verbesserter Qualität, niedrigeren Preisen oder mehr Beschäftigung gekommen. Überall ist Lohn- und Sozialdumping auf dem Vormarsch, sollen Tarifverträge zurückgedreht werden. Die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen ist nicht mehr überall gegeben. Der Liberalisierungszweck wurde ins Gegenteil verkehrt. Auch wenn der Stand der Liberalisierung in den EU-Ländern ganz unterschiedlich ist, so gibt das doch ein einheitliches Bild: Nirgends ist es für die Menschen oder die Beschäftigten besser geworden. Auch deshalb sind in Ländern, in denen die Post noch nicht vollständig privatisiert ist, wie in Frankreich und Norwegen, die Gewerkschaften dabei, mit Aktionen, unter Einbindung der Öffentlichkeit, die Politiker aufzufordern, von der weiteren Privatisierung Abstand zu nehmen.

**bewegen** | Wie sehen und beurteilen die anderen Gewerkschaften die Situation in Deutschland?

**Helga Thiel** | Es gibt bei unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen die



Post an den EU-Kommissar Charlie McCreevy.

Fotos: ver.di

Erkenntnis, dass, besonders nach der völligen Öffnung des deutschen Postmarktes 2008, die Deutsche Post DHL nur noch der Profit- und der Kostenlogik folgt. Sie sehen den permanenten Arbeitsplatzabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, insbesondere die Arbeitsverdichtung in den Brief- und Paketzentren und der Zustellung. Die bereits erwähnten negativen Folgen der Privatisierung der Postmärkte wurden von den Delegierten als besonders ausgeprägt in Deutschland empfunden. Allerdings wird ver.di, also unser gewerkschaftlicher Zusammenschluss über verschiedenen Branchen hinweg, schon als sehr starke Kraft wahrgenommen. Das freut mich natürlich sehr.



**bewegen** | Was hast du an Überlegungen von der Konferenz mit gebracht?

**Helga Thiel** | Die gemeinsame Botschaft der UNI-Konferenz in Dublin lautet: Als Gewerkschaftler lassen wir uns nicht locker. Wir setzen uns für gute Arbeitsplätze im Postsektor ein. Wir kämpfen weiter für menschenwürdige Arbeit und für auskömmliche Einkommen. Wichtig ist: Die Beschäftigten müssen sich überall organisieren. Bezogen auf die europäische Postpolitik ist eine Fortsetzung des sozialen Dialogs von UNI mit der Europäischen Union von hoher Bedeutung und sollte von allen europäischen Mitgliedsorganisationen unterstützt werden. Im übrigen ist weder in der EU noch in Deutschland die Debatte um die Liberalisierung des Postmarktes beendet. Da werden wir uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter deutlich einbringen!



Im Rahmen der Konferenz wurde Jaques Lemerrier aus Frankreich in das Amt des Präsidenten der UNI Europa Post und Logistik gewählt.

Rolf Büttner, der seit 2006 das Amt des Präsidenten innehatte, kandidierte nicht wieder. Ingeborg Saetre aus Norwegen wurde zur Vizepräsidentin gewählt.

# Spanien im Frühling

## ver.di-Seniorenreise an die Costa Blanca

Der Bereich Seniorenpolitik hält als ver.di-Kulturfrühling eine achttägige Flugreise nach Spanien bereit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können die Zeit vom 7. bis 14. März 2010 an der Costa Blanca erleben und Naturschönheiten und Sehenswürdigkeiten der Region um Alicante genießen. Die Landschaft der Costa Blanca zeichnet sich durch einen weichgeformten Küstenstreifen mit mehr als 200 Kilometer feinen Sandstränden aus, hinter denen sich Berge bis zu 1500 Metern Höhe erheben. 2800 Sonnenstunden im Jahr, ein privilegiertes Klima und sanftes Meer gelten als Markenzeichen der Costa Blanca. Das mediterrane Flair Alicantes ist durch Täler mit treppenförmigem Anbau geprägt, die maurischen Ursprungs sind. Eichen-, Pinien- und Algarobaswälder, Palmenhaine, aber auch Obst- und Gemüsegelder bestimmen das Bild im Flachland, sensationelle Gesteinsformationen mit Höhlen und Wasserfällen die Gebirgsregionen.

Die Teilnehmer des Kulturfrühlings werden vor Ort von ver.di und der örtlichen Reiseleitung betreut. Die Unterbringung erfolgt in einem 4-Sterne-Hotel in Benidorm, einer von Bergen umgebenen Stadt am Meer, nördlich von Alicante gelegen. Alicante, die schnell wachsende Stadt an der Weißen Küste ist auch das Ziel des ersten Ausfluges. Die von Palmen gesäumte „Esplanada de España“ gilt als eine der schönsten Promenaden Spaniens. Auch die Burg von Santa Barbara wird bei der Rundfahrt gestreift. Am Abend gibt es zur Begrüßung ein grandioses Showprogramm mit phantasievollen Tanzdarbietungen in glänzenden Kostümen.

Ein nächster Ganztagesausflug führt nach Valencia, der drittgrößten Stadt Spaniens. Die Besichtigung beginnt mit einem Rundgang durch die Stadt der Künste und der Wissenschaften, von dem weltbekannten Architekten Santiago Calatrava entworfen. Im Stadtzentrum und der Altstadt können Herrschaftshäuser, Monumente, die Stadtmauer, die Kathedrale und die alte Seidenbörse aus dem Jahr 1482 besichtigt werden.

Ein weiterer Tagesausflug ist nach Elche geplant. Dort befindet sich einer der größten Palmenwälder der Welt. Er

umfasst mehr als eineinhalb Quadratkilometer, hat einen Bestand von mehr als 11 000 Palmen und gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die Fahrt führt weiter in das Weinbaugebiet von Alicante, wo in einer Bodega in geselliger Runde Weine der Region verkostet werden können. Die Rückfahrt führt über Castella, eine Kleinstadt mit einer imposanten Festungsanlage.

Am nächsten Abend werden die Reiseteilnehmer auf einer Burg von einer Grafenfamilie erwartet. Sie erleben ein Mittelalter-Spektakel mit halsbrecherischen Reiteinlagen und atemberaubenden Schwertkämpfen.

Ein Höhepunkt wird auch der Besuch der „Magischen Berge“ von Guadalest sein. Das Dorf befindet sich in spektakulärer Lage auf dem Gipfel eines steilen Berges. Es zählt zu den beliebtesten Touristenattraktionen Spaniens und wurde zum kunsthistorischen Denkmal erklärt.

Wessen Wissensdurst und Abenteuerlust mit diesen Programmpunkten noch nicht restlos gestillt sind, der kann zusätzlich fakultativ einen Schiffsausflug auf die Insel Tabarca, einem einstigen Piratenschlupfwinkel, buchen oder weitere touristische Höhepunkte der Region – Bergdörfer, Obsthaine und den Naturpark „Las Fuentes del Algar“ bis an die Küste nach Calpe – besuchen. Für alle Fahrten steht Bustransfer zur Verfügung. Bei den Ausflügen gibt es auch ausreichend Zeit zu eigenen Stadterkundungen.

Der ver.di-Kulturfrühling 2010 an die Weiße Küste Spaniens kann bis zum 12. November gebucht werden. Für ver.di-Mitglieder und deren Begleitung im Doppelzimmer beträgt der Reisepreis inklusive Flug, Unterbringung und Programm pro Person ab 719 Euro. Einzelzimmerzuschlag und Verlängerungswoche können ebenfalls gebucht werden. Abflughäfen für die Reise sind Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Berlin, München und – mit Zwischenstopp – Hannover. Das Buchungstelefon ist täglich von 8 bis 20 Uhr für 0,14 Euro pro Minute aus dem Festnetz der Deutschen Telekom unter: 01805/005171 zu erreichen.

Sabine Springingstut



## TERMINE

**AHLEN:** BeG Senioren Münsterland-Süd FB 9, 10, Mitgliedertreff, 1. Mittwoch im Monat, 10–12 Uhr, AWO-Haus, Freiheit 1.

**BERLIN:** BeG Senioren Pankow/Weißensee/Prenzlauer Berg FB 10, Sprechstd., 3. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, Volkssolidarität, Wichertstr. 71; Jahreshauptversammlung, 24. November, 15 Uhr, Gaststätte „Schönholzer Heide“, Heinrich-Mann-Str. 31.

BeG Senioren Charlottenburg/Spandau FB 1, 9, 10, Jahresversammlung, 18. November, 14.30–17.30 Uhr, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 10a.

BeG Senioren Tempelhof/Neukölln FB 10, Sprechstd., 19. Oktober, Jahreshauptversammlung, Neuwahlen, Jubilarehrung, 16. November, 12 Uhr, Restaurant „Discount One“; Schlachtfest, 13. November, Elzholz, Tel. 030/4527744, Franz-Peter Arndt.

BeG Senioren Steglitz/Zehlendorf FB 10, Jahreshauptversammlung, 23. November, 14 Uhr, Ratskeller Zehlendorf, Tel. 030/3925921, Herr Hartfiel.

BeG Senioren Reinickendorf FB 10, Mitgliedertreffen, 28. Oktober, 15 Uhr; Jubilarehrung, 25. November, 16.30 Uhr, Vereinsheim BFC-Alemania 90 – Wacker, Wackerweg 26, Anmeldung bis 15. November, Tel. 030/4126781.

**BICKELHEIM:** Sprechstd. m. d. Polizei, 1. Dienstag im Monat, 19–22 Uhr, Autohof Gau.

**BOCHUM:** BeG Senioren FB 10, Sprechstd., 1. Freitag im Monat, 10.30–12 Uhr, Postamt, Multifunktionsraum, Ferdinandstr.; Mitgliederversammlung, 23. November, 14.30 Uhr, „Haus der Begegnung“, Alsenstr. 19 a.

**BOTTROP:** BeG Senioren FB 9, 10, Stammtisch, 1. Montag im Monat, 17.30 Uhr, Gaststätte „Hürter“, Gladbecker Str. 19 a.

**BRAUNSCHWEIG/SALZGITTER:** OV Senioren FB 9, 10, Seniorentreffen, 2. Montag im Monat, 15 Uhr, Treffen jüngerer Senioren, letzter Dienstag im Monat, 15 Uhr, „G-Hotel“, Dresdenstr. 10, Vorsitzender Peter Bartels, Tel. 0531/2622645, E-Mail: peterheidrun.bartels@t-online.de.

**BREMEN:** OV Senioren FB 9, 10, Treffen, 1. Dienstag im Monat, 16 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofplatz.

**CASTROP-RAUXEL:** BeG Postsenioren, Stammtisch, jd. Dienstag, 10.30 Uhr, Gaststätte „Zum Bus“, Im Ort 11.

**DORTMUND-LÜNEN:** BeG Senioren FB 10, Sprechstd., letzter Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, ver.di-Haus, Königswall 36.

**DÜSSELDORF:** BeG Senioren FB 10, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Goldener Kessel“, Schumacher Altstadt, Bolker Str. 44.

**DUISBURG:** BeG Senioren FB 10, Treffen, 12. November, 15 Uhr, DGBN – Haus Duisburg, Stapeltor 21; Jahreshauptversammlung, 26. November, 15 Uhr, Restaurant „Am Wolfsee“, Kalkweg 262.

**ESSEN:** BeG Senioren, Stammtisch, 2. Mittwoch im Monat, 10.30 Uhr, Gaststätte Schröder, Schäferstr. 17.

**FRANKFURT:** BeG Ostbankfilialen Hessen, Mitgliederversammlung, 14. November, 9 Uhr, ver.di-Bildungszentrum Gladenbach, Schlossallee 33.

**GIESSEN:** OV Sped/KEP/Log Mittelhessen, Stammtisch, 1. Samstag im Monat, 11–13 Uhr, Gaststätte „Justus im Hessischen Hof“, Frankfurter Str. 7.

**GÜTERSLOH:** BeG Senioren, FB 9, 10, Info-Treff, jd. Donnerstag, 10–12 Uhr, Friedrich-Ebert-Str., Eingang Posthof.

**GÖPPINGEN:** BeG Senioren FB 10, Stammtisch, 5. November, 14 Uhr, Vereinsheim „Gartenfreunde“ Paul-Köpff-Weg 65.

**HAMBURG:** BeG Post Hamburg Süd, VETreff „Mo-Mo“, 1. Montag im Monat, 15 Uhr, Kantine Postamt Harburg, Harburger Poststr. 1.

**HAGEN:** BeG Senioren, FB 10, Infonachmittag, 25. November, 15 Uhr, AWO Altentagesstätte Altenhagen, Frauenhofer Str. 18.

**KIEL:** BeG Brief Kiel, Mitgliederversammlung, 25. Oktober, 11 Uhr, Gnutz, „Zur Gnutzer Mühle“, Itzehoer Str. 15, Tel. 0431/71813018, Fax 0431/71813019.

**KIRCHHEIM:** BeG Senioren, Stammtisch, 3. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, VfL-Gaststätte, Jesinger Str. 105.

**LEIPZIG:** BeG Senioren FB 10, Bowling, 4. November, 13–15 Uhr, Inselstr., Preis 4 Euro; Infoveranstaltung, 24. November, 10.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Karl-Liebknecht-Str. 30, IV. Etage, Großer Saal.

**LÜDENSCHIED:** OV Lenne/Volme FB 10, Sprechstd., 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, Frachtbüro-Innendienst, Postamt, Tel. 02351/178353.

**MÜNSTER:** BeG Senioren FB 10, Infonachmittag, 1. Montag im Monat, 15 Uhr, Casino der Telekom, Dahlweg 100; Seminar „Aktiv im Alter“, 23.–25. No-

vember, Bad Laer, Haus Höpke, Thieplatz 9, Tel. 0251/235381.

**MANNHEIM:** Postsenioren FB 10, Monatstreffen, 2. November, 14 Uhr, Clubhaus „ESC-Blau-Weiß-Mannheim“, Am Neckearplatt.

**MAYEN:** Sprechstd. für alle DGB-Mitglieder, jd. Montag, 16–18 Uhr, DAA, Hahnengasse 4, jd. Mittwoch, 9.30–11.30 Uhr, Gebäude Bhf. Mayen Ost.

**METTMANN/RATINGEN:** BeG Senioren FB 10, Sprechstd., jd. Dienstag, 9.30–11.30 Uhr, Poststr. 24–26, Zi. 210, Ratingen.

**NAHE-HUNSRÜCK-IDAR-OBERSTEIN-BIRKENFELD-BAUMHOLDER-KIRN:** BeG Senioren FB 9, 10, Sprechstd., Hilfe bei Steuererklärung, 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, DGB-Haus, Wilhelmstr. 25.

**NEUSS:** BeG Senioren FB 10, Sprechstd., 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, ver.di-Geschäftsstelle, Hammer Landstr. 5, 3. Etage.

**NORDOBERPFALZ:** BeG Senioren FB 9, 10, Monatstreff, 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr, Gaststätte „Bräustüberl“, Weiden.

**NÜRNBERG:** BeG Senioren FB 1, 9, 10, Versammlung, jeden 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr.

**ORTENAU:** BeG Senioren Post und Telekom, Sprechstd., jd. Mittwoch, 11–12 Uhr, ver.di-Geschäftsstelle Offenburg, Okenstr. 1c, Tel. 0781/917114.

**REUTLINGEN:** BeG Senioren, Stammtisch, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Sportparkgaststätte.

**SCHWÄBISCH GMÜND:** BeG Senioren FB 9, 10, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Postkantine.

**ULM:** BeG VE Ulm/Neu Ulm, Monatstreff, 5. November, 14:30 Uhr, „Krone“.

**WERRA-MEISSNER:** BeG Senioren FB 9, 10, Infoveranstaltung und Jahresplanung 2010, 29. Oktober, 14 Uhr, Eschwege/Niddawitzhausen, Gaststätte „Rost“ an der B 27.

**WORMS:** BeG Postsenioren, Sprechstd., 1. Mittwoch im Monat, 14.30 Uhr, Stammtisch, 15–17 Uhr, Alte Schule“, Neuhausen.

**WOLFENBÜTTEL:** OV Senioren FB 9, 10, Sprechstd., jd. Mittwoch, 9.30–12 Uhr, ver.di-Büro, 1. Etage, Rosenwall 1, ver.di-Lohnsteuer-Service Tel. 05331/882680.

**WÜRZBURG:** BeG Senioren FB 9, 10, jd. Mittwoch Wanderungen im Landkreis, Info, Tel. 0931/76919; Fahrt nach Volkach-Fährbrück, 21. Oktober, Abfahrt 13 Uhr (Infos in der „Main-Post“).